



# POLITIK AKTUELL

**Ausgabe 1/2010**  
**29.01.2010**

**Informationen aus Berlin, Dresden**  
**und der Region**

## Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Ein neues Jahrzehnt hat begonnen. Die christlich-liberale Koalition will die Dekade zu einem Jahrzehnt neuer Chancen für unser Land machen. Dabei wird sie sich an einem konkreten gesellschaftlichen Leitbild orientieren. Die Freiheit des Einzelnen steht dabei im Mittelpunkt. Der Mensch muss sie aber in Solidarität mit seinen Mitmenschen ausüben.

Freiheit eingebettet in Solidarität - Das muss das Motto in einer Koalition sein, die die Mitte des Landes repräsentiert. Diesen Gedanken der Freiheit in Verantwortung zu verfolgen, gebietet schon das christliche Menschenbild. Dieses ist und bleibt für die C D U / C S U - Bundestagsfraktion erster Maßstab für ihr politisches Handeln.

In der vergangenen Woche wurde über den Haushalt für das laufende Jahr debattiert. Dieser Haushalt ist noch ein Anti-Krisen-Haushalt. In diesem Jahr

müssen wir uns weiter mit Macht gegen die Wirtschaftskrise stemmen. Die schmerzliche Neuverschuldung ist in Kauf zu nehmen, damit es mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht.

Die Politik unternimmt derzeit enorme Anstrengungen, um Beschäftigung zu sichern. Allein in diesem Jahr erhält die Bundesagentur über 20 Milliarden mehr, um über Kurzarbeit Entlassungen zu verhindern. Die Sozialdemokraten sollten sich hier mit Ratschlägen zurückhalten. Sie hatten in der rot-grünen Koalition eine Rekordarbeitslosigkeit zu verantworten. Die SPD hat schon zu wirtschaftlich normalen Zeiten versagt. Sie sollte nun, da Deutschland immer noch mit den Folgen der Krise zu kämpfen hat, daher lieber schweigen.

Neue Chancen zu entwickeln heißt, die Bürger nicht immer weiter steuerlich zu belasten. Der Staat muss deutlich machen,

dass er eine gerechte Steuerpolitik vertreiben will. Wir haben uns in der Koalition darauf geeinigt, über die vereinbarte Steuerreform erst im Lichte der nächsten Steuerschätzung Anfang Mai weiter zu sprechen. Dann werden wir über die notwendige Tatsachenbasis verfügen, um die Einzelheiten festzulegen. Der Blick darf aber nicht auf dieses Thema verengt werden. Wir werden neue Perspektiven in der Bildungs- und Energiepolitik aufzeigen. Im Bereich Verkehr gilt es, unser Land reif für die Ära der Elektromobilität zu machen. Deutschland ist wahrlich ein Land der Möglichkeiten. Wie stark der Zusammenhalt und die Menschlichkeit der Bürger ist, zeigt sich auch in der Bereitschaft, nach der schrecklichen Erdbebenkatastrophe der Bevölkerung auf Haiti zu helfen. Auch auf diesen Gemeinsinn können wir bauen.

Ihr und Euer



### In dieser Ausgabe:

Generalaussprache zum Bundeshaushalt 2010	2
Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern	3
Afghanistan - Übergabe in Verantwortung	3
Die Woche im Bundestag	4
Zahlen, Fakten, Wissenswertes	4
Sächsische Union steht hinter der Kanzlerin	5
Union als Anwalt der freiwilligen Feuerwehren	6
Impressum & Termine	7

"Die Welt hat 2008/2009 am Abgrund gestanden und wir gemeinsam haben es geschafft, international und national die richtigen Lehren zu ziehen", unterstrich Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede zum Bundeshaushalt 2010. Jetzt gehe es darum, „klug aus dem Tal wieder heraus zu kommen“, hob die Kanzlerin hervor. Dazu gehöre, dass das Land eine starke Exportnation bleiben müsse. Was Deutschland stark gemacht habe, dürfe nicht aufgegeben werden. Weitere Investitionen in Bildung und Forschung seien dazu nötig, unterstrich Merkel. "Wir brauchen motivierte Bürger, die wissen, warum sie Steuern zahlen und finden, dass es dabei gerecht zugeht". Das genaue Konzept für eine Steuerreform werde nach der neuen Steuerschätzung im Mai entwickelt. Ausdrücklich versicherte Merkel, die Koalition werde die neu im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten.

Die Schuldenregel sei die "Leitplanke unserer Arbeit". Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das am 1. Januar in Kraft getreten ist, sei eine wichtige Ergänzung der konjunkturpolitischen Maßnahmen der letzten Wahlperiode. Es nimmt wichtige Änderungen an der Unternehmenssteuerreform vor, die erst wieder die Grundlage für Gewerbesteuererinnahmen in den Kommunen geschaffen hat. Trotz dieses Gesetzes gebe es jetzt keine höhere Neuverschuldung, als in der großen Koalition vereinbart worden sei. Mit den Maßnahmen des letzten Jahres sei eine bessere Wirtschaftsentwicklung entstanden, die jetzt Spielraum für weitere Maßnahmen geschaffen habe. Die christlich-liberale Koalition setze dabei Vertrauen in den Einzelnen und die sozi-

ale Marktwirtschaft bilde dabei das Fundament des solidarischen Miteinanders in unserer Gesellschaft.

Nach den Worten des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder legt die Koalition mit Bundeshaushalt 2010 einen Haushalt vor, der Wachstum bringt und gleichzeitig Konsolidierung ernst nimmt. Kauder hob hervor, die christlich-liberale Koalition habe sich vorgenommen, diesem Jahrzehnt den Stempel von mehr Chancen und mehr Perspektiven aufzudrücken. „Wir wollen den Menschen die Gelegenheit geben, für ihr Leben zu sorgen. Die Freiheit des Einzelnen, eingebunden in die Solidarität der Gemeinschaft – das zeichnet diese Koalition aus“, so der Fraktionsvorsitzende. Alle müssten die Chance erhalten, ihr Leben aus eigener Kraft gestalten zu können. Es sei für niemanden eine gute Erfahrung, zur Hartz-IV-Behörde gehen zu müssen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Es geht darum, Aufstiegschancen zu schaffen und die Menschen aus der Abhängigkeit des Sozialstaates herauszuholen, hob Kauder hervor. Der Grundsatz des Forderns

und Förderns der Hartz-Reformen bleibe richtig. Jetzt komme es darauf an, für Kinder Chancen zu schaffen.

Auf die internationale Verantwortung bezogen, sagte Kauder: "Es erfüllt uns mit Sorge, wie viele Menschen auf dieser Welt bedrängt, eingesperrt und verurteilt werden für ihre demokratischen und ihre Glaubensüberzeugungen. Das darf uns nicht ruhen lassen." Die bedrohteste Glaubensgruppe seien auf der ganzen Welt die Christen. Gerade eine christlich-liberale Koalition müsse mit denen solidarisch sein, die als Christen ihren Glauben leben wollten. „Da erwarte ich einen starken Beitrag der Bundesregierung sowie von denjenigen, die in unserem Land die Erfahrung von Glaubentoleranz machen können. Auch das wird ein Anspruch an diese Regierungskoalition sein müssen.“ Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Hans-Peter Friedrich, hob hervor, Deutschland sei auch deswegen relativ verschont von der Krise geblieben, weil die deutsche Volkswirtschaft eine hervorragende Substanz habe. Die christlich-liberale Koali-

tion setze bei der Krisenbewältigung auf die Freiheit der Marktwirtschaft. CDU, CSU und FDP hätten die Politik der Krisenbewältigung des letzten Jahres weiterentwickelt – konsequent und logisch. Er wies auf den Schutzschirm für Arbeitnehmer und auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Dieses entlaste vor allem Familien und an zweiter Stelle Unternehmen. Jede Erleichterung für die Unternehmen sei auch eine Verbesserung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze für die Menschen. „Das wichtigste Kapital unseres Landes sind das Selbstvertrauen der Menschen, ihr Optimismus, ihre Leistungsbereitschaft und ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. All dies sind Voraussetzungen dafür, dass der Sozialstaat, den wir alle bewahren und verbessern wollen, erhalten bleibt“, so Friedrich. Die Koalition werde bei ihren Überlegungen auch zukünftig darauf achten, dass die Kommunen in ihrer Wirtschaftsdynamik und Investitionskraft weiterhin gefestigt und gestärkt werden.



In dieser Woche stellt uns die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht vor. Er bietet eine schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen. Mit minus 5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Zwar ist seit dem zweiten Halbjahr 2009 wieder ein

moderates Wachstum zu verzeichnen, ein kräftiger und selbsttragender Aufschwung ist jedoch noch nicht in Sicht. Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen. Dafür liefert der Koalitionsvertrag die Orientierung. Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket be-

schlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten zu stärken. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Im Rahmen der geplanten Steuerreform werden wir insbesondere die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten. Parallel zu den Entlastungen werden wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem die Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien. Die christlich-liberale Bundes-

regierung bekennt sich zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Das wird uns am besten durch einen konsequenten Wachstumskurs bei gleichzeitig engagierter Konsolidierungspolitik gelingen. Die christlich-liberale Bundesregierung steht zu dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, Deutschland gestärkt aus der Krise zu führen.

## Afghanistan – Übergabe in Verantwortung

In dieser Woche fand die internationale Afghanistan-Konferenz in London statt. Die Konferenz wurde auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufen. Ziel war es, das internationale Engagement am Hindukusch neu zu justieren. Wir erwarten wichtige Weichenstellungen für unser strategisches Ziel „Übergabe in Verantwortung“.

Dafür müssen die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft noch einmal erhöht und mit der afghanischen Regierung die Ziele für die kommenden Monate neu vereinbart werden. Wir können unser Ziel nur erreichen, wenn der afghanische Staat zunehmend selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Dazu ist es notwendig, unsere Leistung bei der Ausbildung von afghanischem Sicherheitspersonal noch einmal zu erhöhen. Sicherheit muss zunehmend ein afghanisches Gesicht bekommen. Wenn aber zuzätzliches deutsches Personal für die Ausbildung bereit stehen soll, ist es selbstverständlich, dass auch mehr geleistet werden

muss, um sie wirksam zu schützen. Aus diesem Grund werden wir in Folge der Konferenz die Mandatsobergrenze noch einmal anheben.

Am Mittwoch war der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Er hat neben einem Treffen mit der Bundesregierung auch den Auswärtigen Ausschuss besucht. Dort hatten wir die Gelegenheit mit ihm zu beraten, wie Fortschritte bei der Sicherheitslage und der Regierungsführung zu erreichen sind. Außerdem haben wir darauf gedrängt, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel werden muss. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen ist es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hängt entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab. Um unsere Strategie „Übergabe in Verantwortung“ erfolgreich umsetzen zu können, ist es zudem notwendig, dass auch in der politischen Dis-

kussion hier in Deutschland die richtigen Signale gesendet werden. So ist es zwar richtig, den Beginn der Übergabe von Verantwortung anzukündigen. Auf diese Weise entsteht auch für die afghanische Seite Planbarkeit und ein gewisser Druck, zügig die eigene Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Aber auch dort, wo Afghanen die Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen, wird noch für einige Zeit Unterstützung und Nachsorge durch die internationale Staatengemeinschaft notwendig bleiben.

In den kommenden Monaten werden wir unser Engagement in Afghanistan noch einmal verstärken. Wir tun dies mit dem klaren Ziel, die „Übergabe in Verantwortung“ einzuleiten. Wer diese Perspektive glaubhaft unterstützt, ist aufgerufen, sich mit konkreten Vorschlägen an der Diskussion zu beteiligen. Aus populistischen Gründen allein über einen Abzug zu reden und sich einer Anpassung der Mandatsobergrenze zu verschließen, ist in dieser Situation unverantwortlich.

**Erinnerung an den Holocaust wach halten:** Die Vernichtung der europäischen Juden, die mehr als sechs Millionen Menschen das Leben kostete, ist der schlimmste Massenmord in der Geschichte. Innerhalb weniger Jahre wurde die jahrhundertalte Tradition jüdischen Lebens in Europa zerstört. Der Holocaust das dunkelste Kapitel unserer Geschichte.

Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich derartiges nie wiederholen kann. Aus Anlass des 65. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 wurde im Plenum eine Gedenkveranstaltung mit Israels Staatspräsident Peres abgehalten. Die C D U / C S U - Bundestagsfraktion bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

Über die aktuelle Wirtschaftslage unterrichtete die Bundesregierung mit dem **Jahreswirtschaftsbericht 2010**. Im Jahr 2009 ging erstmalig in der Nachkriegszeit die weltwirtschaftliche Produktion zurück. Deutschland wurde aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Die Erholung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen, ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Konsolidierung der Bilanzen der Finanzinstitute ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Auf dem Arbeitsmarkt, der sich bislang als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat, ist im Laufe

dieses Jahres noch mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung zu rechnen, allerdings nicht in dem am Anfang der Krise befürchteten Ausmaß. Das Jahr 2010 beginnt mit einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten.

Die Bundesregierung stellt **das Jahresgutachten 2009/2010 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** vor. Für das Jahr 2010 prognostiziert der Sachverständigenrat eine leichte Erholung mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent. Die deutsche Volks-

wirtschaft befinde sich dennoch konjunkturell nach wie vor in einem tiefen Tal. Die leicht positiven Signale für das Jahr 2010 gäben keinen Anlass zu euphorischen Einschätzungen. Im Finanzsektor sei es erforderlich, den Ausstieg aus den krisenbedingten Stützungsmaßnahmen durch weitreichende Reformen zu flankieren. In Europa bedürfe es über die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinaus eines glaubwürdigen Konsolidierungspakts zur Sanierung der Staatsfinanzen.

In erster Lesung beraten wir das **Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Ände-**

**rung steuerlicher Regelungen**, mit dem insbesondere aktuelle Urteile des Europäischen Gerichtshofs sowie EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden. So wird der räumliche Geltungsbereich bei der Zulagenberechtigung der Riester-Förderung ausgeweitet und die steuerliche Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen verbessert. Die Umsatzbesteuerung wird an die Liberalisierung des Postmarktes angepasst, um mehr Wettbewerb der Postdienstleister zuzulassen. Die Grundversorgung der Bürger mit Postdienstleistungen bleibt dabei weiterhin umsatzsteuerfrei.

## **Zahlen, Fakten, Wissenswertes**

### **Erneute Bevölkerungsabnahme für 2009 erwartet**

**WIESBADEN** – Die Einwohnerzahl Deutschlands dürfte nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 2009 gegenüber dem Vorjahr erneut leicht gesunken sein. Der Rückgang wird auf etwa 0,3% geschätzt, von 82,0 Millionen Einwohnern Ende 2008 auf 81,8 bis 81,7 Millionen Ende 2009. Damit setzt sich die Abnahme der Bevölkerungszahl weiter fort. Seit 2003 hat Deutschland jedes Jahr Einwohner verloren. 2009 wurden voraussichtlich weniger Kinder in Deutschland geboren, und es starben auch weniger Menschen als 2008. Nach der Schätzung wird mit etwa 645 000 bis 660 000 Geburten und mit etwa 830 000 bis 840 000 Sterbefällen gerechnet. Es ist davon auszugehen, dass innerhalb dieser Grenzen das Geburtendefizit – also die Differenz aus Geburten und Sterbefällen – für 2009 im Bereich von etwa 180 000 bis 190 000 liegen dürfte. Zum Vergleich: 2008 gab

es 683 000 Geburten und 844 000 Sterbefälle. Daraus ergab sich ein Geburtendefizit von 162 000.

### **Gemeinden in Deutschland**

**WIESBADEN** – Mit gerade mal fünf Einwohnern ist Wiedenborstel in Schleswig-Holstein die kleinste Gemeinde Deutschlands. Dabei ist der Frauenanteil in Wiedenborstel hoch: Vier der fünf Einwohner sind laut Statistischem Bundesamt (Destatis) weiblich. Bei einer Fläche von 4,5 Quadratkilometern beträgt die Bevölkerungsdichte von Wiedenborstel somit 1,1 Einwohner je Quadratkilometer. Berlin stellt mit einer Fläche von 891,5 Quadratkilometern und 3 431 675 Bewohnern die einwohnerreichste Gemeinde und verfügt über eine Einwohnerdichte von 3 849 Einwohnern je Quadratkilometer. Die am dichtesten besiedelte Gemeinde ist München mit 4 275 Einwohnern je Quadratkilometer. Zum Vergleich: Die Bevölkerungsdichte von Deutschland beträgt rund 230 Einwohner je Quadrat-

kilometer. Die Daten basieren auf dem Gebietsstand am 31.12.2008.

### **Steuerentlastungen zum Jahreswechsel**

Durch die Steuerrechtsänderungen sind zum Jahreswechsel deutliche Entlastungen eingetreten. So wird etwa der Handwerksmeister (Jahreseinkommen 54.000 Euro) mit zwei Kindern, dessen Frau im Betrieb angestellt ist, im Jahre 2010 insgesamt 1.183 Euro weniger Steuern zahlen müssen. Zudem erhält er 2010 insgesamt 480 Euro mehr Kindergeld. Bei dem verheirateten Bankangestellten mit drei Kindern (Jahreseinkommen 70.000 Euro) beträgt die Ersparnis 590 Euro und der Zuwachs des Kindergeldes 720 Euro. (Quelle: Handelsblatt, 29.12.2009)

### **Wirtschaftseinbruch 2009 war stärkste Rezession in Deutschland seit 1945**

Im vergangenen ist die deutsche Wirtschaft so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegszeit. Um

insgesamt 5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zurück. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Damit ist die deutsche Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

### **Sparquote bleibt auf hohem Niveau**

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2009 lediglich um 0,4 Prozent zu. Das ist die kleinste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Die in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen 2009 mit 0,5 Prozent etwas stärker als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote verharrte mit 11,2 Prozent auf dem hohen Niveau des Vorjahres. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

In der vergangenen Woche wurde in Berlin auf der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes mit der „Berliner Erklärung“ ein Papier veröffentlicht, welches die Perspektiven der Union bis 2013 erörtert. Darin werden der demografische Wandel und die auf Nachhaltigkeit auszurichtende Gestaltung der Wirtschaftsweise als zentrale Herausforderungen für die Zukunft der Bundesrepublik charakterisiert. Ebenfalls wird in der „Berliner Erklärung“ formuliert, es werde zukünftig „darauf ankommen, die eigenen Stammwähler zu binden und neue Wähler hinzugewinnen“. Und weiter heißt es: „Deshalb sprechen wir

mit unserer Politik alle Schichten und Gruppen, alle Wählerinnen und Wähler an“.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich sagte zur Berliner Erklärung: „Die Aufgabe der CDU ist es, die Stammwählerinnen und Stammwähler mitzunehmen und gleichzeitig für neue Wählerschichten offen zu sein.“ Daran, dass die Sächsische Union in dieser Frage hinter der Bundeskanzlerin stehe, so Tillich, bestehe gar kein Zweifel.



**Ministerpräsident Stanislaw Tillich**

## Junge Union würdigt Professor Kurt Biedenkopf



**Prof. Kurt Biedenkopf**  
**Ministerpräsident a. D.**

Aus Anlass des 80. Geburtstages des ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen nach der Friedlichen Revolution gratuliert die Junge Union in Sachsen Herrn Professor Kurt Biedenkopf.

Er war maßgeblich am Aufbau der staatlichen Institutionen beteiligt. Die Verwurzelung der Zivilgesellschaft hat er nach Kräften und mit vielen Initiativen unterstützt. Der Tag der Sachsen sei nur exemplarisch genannt. Die Sächsische Union hat er zu drei absoluten Mehrheiten und drei Alleinregierungen geführt. Für die sächsischen Bürger war er Landesvater und inzwischen ist er für alle Landesgroßvater.

Seine Fähigkeit, gesellschaftliche Erscheinungen und wirtschaftliche Entwicklungen einer gründlichen Analyse zu unterziehen, ist Muster für Generationen von Politikern. Sein Einsatz für die Generation der Enkel und deren Zukunft und das damit ver-

bundene Hinweisen auf demografische Veränderungen hilft der Jungen Union seit Jahrzehnten bei ihrer Arbeit. Manch Werben für Generationengerechtigkeit in seiner eigenen Generationen hat den Enkeln mehr gebracht als Verfassungsurteile. Die pluralistische Gesellschaft in aller Sachlichkeit zu beschreiben und ihre Notwendigkeit zu unterstreichen, brachten ihm diverse Titel und Ehrungen ein.

Herausstellen möchte die Junge Union den Einsatz von Professor Biedenkopf im Wahlkampf 2009. Mit Leidenschaft und Einsatz hat er gemeinsam mit dem Team der Jungen Union den Freistaat bereist.

Die Junge Union in Sachsen schaut zu Professor Biedenkopf auf und wünscht ihm, seiner Frau und seiner Familie alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen. Glück auf - Professor Biedenkopf!



**Sebastian Grumt**  
**Landesvorsitzender der**  
**JU Sachsen & Niederschlesien**

## **Union als Anwalt der sächsischen Feuerwehren**



**Jan Löffler Mdl**

Die demographische Entwicklung im Freistaat macht vor der Nachwuchsgewinnung der sächsischen Feuerwehren nicht halt. Deswegen rief das Innenministerium die Kampagne „Helden gesucht“ ins Leben, um junge Leute für den Dienst in der Feuerwehr oder im Katastrophenschutz zu begeistern.

Darüber hinaus bemüht sich die Sächsische Union seit Monaten, verdienten Feuerwehrkameraden für ihren uneigennütigen Dienst, den sie ehrenamtlich verrichten, eine Anerkennung zu Teil werden zu lassen. Ich selbst gehöre seit meinem 16. Lebensjahr einer Freiwilligen Feuerwehr an. Insgesamt sind es allein in Sachsen rund 53.000 Männer und Frauen, die sich für den Brandschutz, bei Bergungsmaßnahmen, Unwettern oder Unfällen in den Feuerwehren und beim Katastrophenschutz engagieren. Diese Menschen, die nicht je nach Witterung oder persönlicher Form entscheiden können, ob sie an einem Einsatz teil-

nehmen, verdienen unseren größten Respekt. Auch ihre Familien müssen oftmals Entbehrungen verkraften.

Die Koalition in Dresden möchte den ehrenamtlich in Feuerwehr und Katastrophenschutz engagierten Menschen über die etwa 26 Millionen Euro, die durch den Freistaat allein 2010 über die Kommunen an die Feuerwehren ausgereicht wurden, für Ihre persönliche Aufgabenerfüllung und flächendeckende Präsenz danken. Populismus, wie ihn der politische Gegner inszeniert, hilft indes nicht weiter. Wir, die CDU/FDP-Koalition, wollen ein Paket anbieten, das sich nicht nur auf eine Rentenoption beschränkt, sondern breiter aufgestellt ist: Neben einer Feuerwehrrente auf Versicherungsbasis, für die wir die Grundlage durch den Abschluss von Rahmenverträgen geebnet haben, die durch die Kommunen – zusammen mit interessierten Feuerwehrleuten – umgesetzt werden können, soll es ein Prämiensystem geben. Eine Urkunde und ein Ehrenzeichen zum 10., 25. und 40. Dienstjubiläum könnte eine individuelle finanzielle Zuwendung zu diesem Anlass ergänzen.

Gleichzeitig wollen wir in die Nachwuchsarbeit investieren, indem wir dort künftig ca. 100.000 Euro mehr bereitstellen. Es sind lokale Bündnisse geplant, mit denen Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen jungen Feuerwehrmitgliedern mit Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten entgegenkommen sollen. Weiterhin wollen wir die Brand- und Katastrophenschutz-erziehung in den



**Jan Löffler: Seit 1997 aktives Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr Neukirchen**

Schulen verbessern, das Eintrittsalter in Jugendfeuerwehren senken und den Feuerwehrführerschein schnell auf den Weg bringen. Die Weiterbildung der Kameraden in den Freiwilligen Feuerwehren muss optimiert werden. Dazu sollen sie besseren Zugang zur Feuerweherschule in Nardt erhalten.

Jedenfalls wehren wir uns in der Koalition dagegen, den Kameradinnen und Kameraden in den Freiwilligen Feuerwehren trügerische Sicherheit allein durch eine Rente zu verkaufen. Sie ist ein Baustein von mehreren. Ich hätte ein Problem, mich vor Kameraden zu stellen und Ihnen erklären zu müssen, dass der Freistaat jährlich 7,2 Millionen Euro aufwendet, um ihnen für 15 Jahre treuen Dienst eine Rente von 8 Euro monatlich auszuzahlen.

Jan Löffler

## Konjunkturpaket II - Baumaßnahmen auch in Zwickau sichtbar

„Das Konjunkturpaket hilft“ - so lautet die Überschrift, die Landrat Dr. Scheurer für seinen Leitartikel im aktuellen Amtsblatt des Landkreises Zwickau wählte. Der Deutsche Städtetag titelte seine Bilanz zum Jahresende mit den Worten: „Konjunkturpaket bringt echte Erfolge bei kommunalen Investitionen“. Titel wie diese, die auf die positiven Auswirkungen des Konjunkturpaketes für Kommunen hinweisen, ließen sich leicht ergänzen.

Das Konjunkturpaket II - eben in aller Munde, wenn es um aktuelle Investitionen in die kommunale Infrastruktur geht. Die gepriesenen „Konjunkturmittel“ fließen explizit aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz, das zentraler Bestandteil des Konjunkturpaketes II ist. Dem Freistaat Sachsen stehen aus diesem Gesetz insgesamt 596,8 Millionen Euro zur Verfügung. Schwerpunktmäßig soll das Geld in Infrastrukturmaßnahmen aus dem Bildungsbereich fließen.

In der Stadt Zwickau wird zum Beispiel das Käthe-Kollwitz-Gymnasium ein neues Bild erhalten: Es werden unter anderem neue Sportaußenanlagen entstehen, die die Schüler des Gymnasiums gemeinsam mit den Schülern der Pestalozzischule nutzen können. Ziel des städtischen Hochbauamtes ist es, dass diese Anlagen zum Schuljahresbeginn 2010/11 fertig sind. Zudem werden die Sanierungsmaßnahmen an der Dittesgrundschule fortgesetzt. In den Winterferien geht es dort weiter.

Zwickauer Großprojekt im Rahmen des Konjunkturpaketes ist die umfassende

Sanierung des Eingangsbauwerkes des Westsachsenstadions. Die einzelnen Schritte der Sanierung werden hier von den lokalen Medien genau verfolgt und kommentiert.

Neben der Freude über die Investitionen ist aber auch auf Schwierigkeiten bei der Beantragung der Fördermittel hinzuweisen. Vom Amtsleiter des städtischen Hochbauamtes, Thomas Freitag, ist zu erfahren, dass verschiedene Baumaßnahmen erst Mitte des vergangenen Jahres bewilligt wurden. „Wir hatten deshalb keinerlei Planungsvorlauf und konnten die ausführenden Firmen erst im Herbst beauftragen. Jetzt ist es natürlich witterungsabhängig, mit welchen Maßnahmen wir wann beginnen können“, sagt Freitag. Die Schwierigkeiten im Verfahren bei der Vergabe der Fördermittel kennt auch sein Kollege Thomas Pühn, Amtsleiter des städtischen Tiefbauamtes. Zwar heißt es in einer Pressemitteilung der Sächsischen Staatskanzlei im Hinblick auf das Antrags- und Bewilligungsverfahren, dass „das Kabinett erhebliche Verfahrensvereinfachungen beschlossen hat. Alle Maßnahmen werden einheitlich über die Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen im Freistaat Sachsen (VwVKommlnInfra2009) geregelt.“ Doch in der Praxis führt diese Verwaltungsvorschrift nicht per se dazu, dass die Kommunen schnell und einfach handeln können. Amtsleiter Pühn weiß: „Für jede Baumaßnahme brauchen wir ein aufwendiges Genehmigungsverfahren. Jeder Schritt muss genehmigt werden, bevor wir mit der



**Dr. Thomas Beierlein**

**Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion**

**Zwickau**



**Kathrin Köhler**

**Stadträtin und Geschäftsführerin der CDU-Stadtratsfraktion**

**Zwickau**

Realisierung beginnen können.“ Aus dem Bereich des Tiefbauamtes werden Hochwasserschutzmaßnahmen gefördert. Die geplanten Maßnahmen am Brander Bach, am Pöhlauer Bach, am Schmelzbach, am Schnependorfer Bach, am Planitzbach sowie am Eckersbacher Bach sollen bis Ende 2010 abgeschlossen sein.

Für den Bereich Wirtschaft und Bauen in Zwickau ist mit den vorgestellten Projekten der Weg in ein gutes

Jahr 2010 geebnet. Einheimische Unternehmen sind in die Projekte eingebunden, haben Aufträge und damit Planungssicherheit erhalten. Und Sanierungsmaßnahmen an und in Schulen sind ohne Zweifel lohnenswerte Zukunftsinvestitionen.

Kathrin Köhler

Stadträtin und Geschäftsführerin der CDU-Fraktion Zwickau

**CDU KV Zwickau**

Kreisgeschäftsstelle  
Hauptstraße 28/30  
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710  
Fax: 0375-294567  
E-Mail: info@cdu-zwickau.de

Ein kleines winterliches Experiment wurde einem Grundschüler aus Nordrhein-Westfalen eine schmerzhaft Erfahrung: Der Junge leckte bei minus zehn Grad an einer Straßenlaterne - und kam nicht wieder von ihr los.

Dülmen - Es waren bitterkalte minus zehn Grad, als ein Junge aus Dülmen sich am Mittwoch auf ein gewagtes Experiment einließ: Der Grundschüler leckte an einer Straßenlaterne. "Er klebte innerhalb von Sekunden fest", sagte ein Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr am Donnerstag. "Der Junge wollte anscheinend sehen, wie kalt der Mast ist."

Der Schüler rief um Hilfe - so gut er das mit der festgefrorenen Zunge eben konnte. Rettungssanitäter rückten an und lösten das Kind mit einer warmen Kochsalzlösung vom Mast. Der Junge wurde mit leicht lädierter Zunge vorsorglich in ein Krankenhaus gebracht, konnte aber nach kurzer Zeit wieder nach Hause.

Quelle: Spiegel Online 28.01.2010

**Termine Januar—Februar 2010**

<b>29.01.10</b>	Empfang anlässlich des 80. Geburtstages von Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf ICC-Dresden, Zeit: 18.00 Uhr	<b>03.02.10</b>	CDU-Kreisvorstandssitzung, Hotel „Friesen“, Zwickauer Str. 48, Werdau, Zeit: 19.00 Uhr
<b>29.01.10</b>	EAK-Vortrag mit Prof. Werner J. Patzelt: "Das "C" als Aufgabe der CDU" Bethlehemstift - Hohenstein-Ernstthal, Zeit: 19.00 Uhr	<b>17.02.10</b>	Politischer Aschermittwoch der CDU Werdau mit dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Fritz Hähle, Ort: Ratskeller, Markt 10-18, Werdau, Zeit: 19.00 Uhr

**Impressum**

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28  
08056 Zwickau  
Tel.: (0375) 29 17 79  
Fax: (0375) 29 45 67  
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 – 7 70 92  
Fax: (030) 227 – 7 61 16  
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

**CDU im Netz**

[www.michael-luther.de](http://www.michael-luther.de)

[www.cdu-zwickau.de](http://www.cdu-zwickau.de)